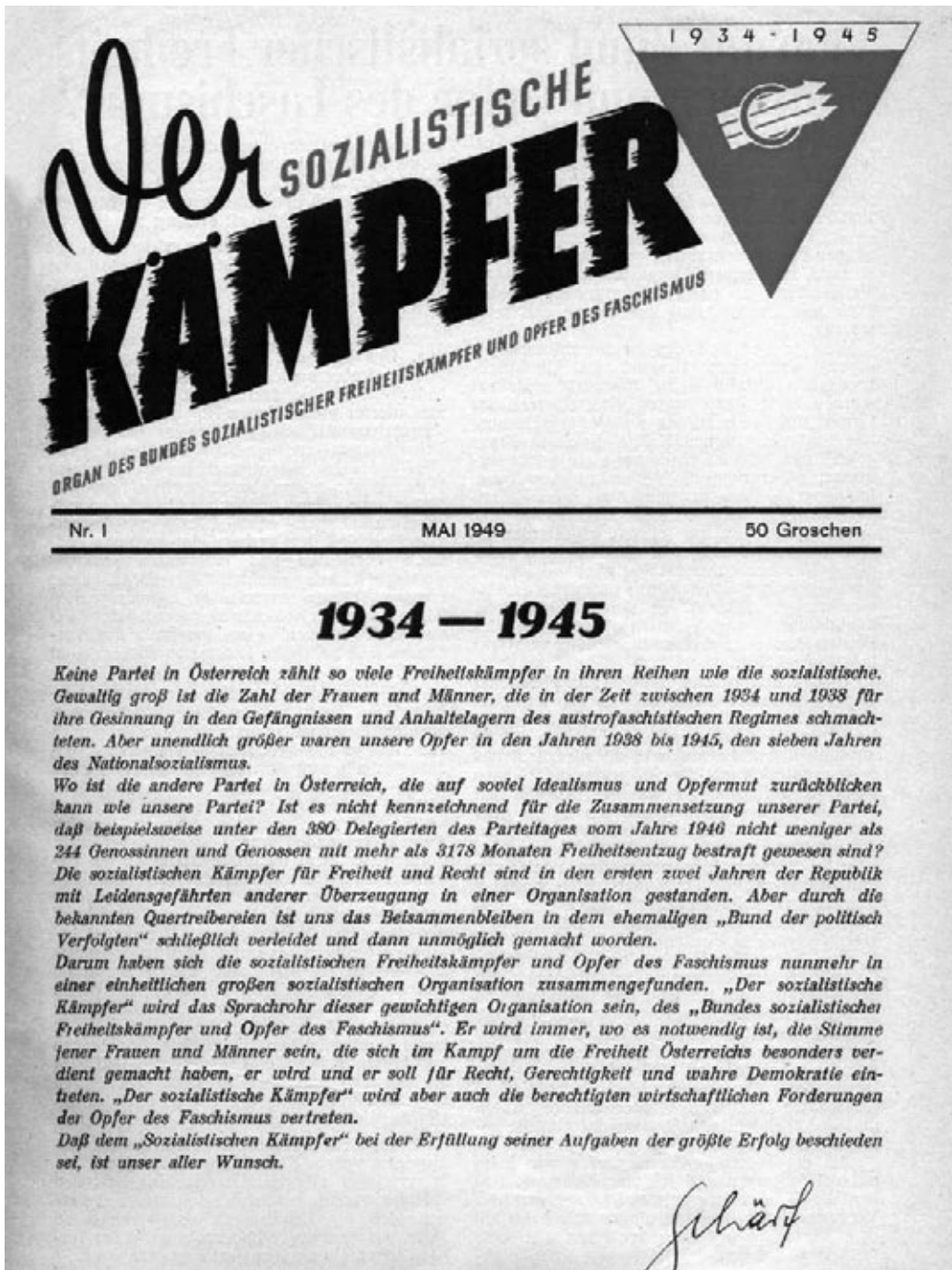


DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER



BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN

60 Jahre Freiheitskämpfer



Erste Ausgabe des „Kämpfers“ (Faksimile)

Im März 1949 wurde unser Bund von Mitgliedern der in der Zeit des Austrofaschismus in der Illegalität entstandenen „Revolutionären Sozialisten“ sowie Frauen und Männern des Widerstandes gegen das NS-Regime gegründet.

Als Vorsitzende wurde die Abgeordnete zum Nationalrat, unsere Rosa Jochmann, Widerstandskämpferin und Überlebende des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück, gewählt.

Ihr folgten im Jahr 1990 zunächst Leo Mistingger und Hugo Pepper als Vorsitzende nach. Von 1995 bis 2007 stand Alfred Ströer an der Spitze des Bundes.

In dieser Zeit entstand eine Reihe von Initiativen, die den Weiterbestand unseres Bundes sichern.

Im Jahr 1992 wurde im Zusammenhang mit der Namensänderung der SPÖ auch der Bund in „sozialdemokratisch“ unbenannt. Bei der Bundeskonferenz 1998 wurde im Interesse der Gewinnung jüngerer Menschen mit dem Namenszusatz „aktive Antifaschisten“ ein erweitertes Arbeitsfeld eröffnet.

Bei der Bundeskonferenz 2007 wurde Ernst Nedwed zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt.

Mit der vorliegenden Sondernummer des „Kämpfers“ wollen wir über die Geschichte und Entwicklung unseres Bundes informieren.

Wir arbeiten weiter – gegen die neuen Gefahren von rechts.

Niemals Vergessen ■

Liebe Genossinnen und Genossen

2009 feiert die Sozialdemokratische Partei Österreichs ihr 120. Gründungsjubiläum. Genau die Hälfte dieser Zeit – nämlich 60 Jahre – verkörpert „Der Sozialdemokratische Kämpfer“ das antifaschistische Sprachrohr unserer Bewegung.

Üblicherweise werden Anlässe wie dieser dazu verwendet, zurückzublicken, Meilensteine der Entwicklung zu benennen und zentrale Akteure und Akteurinnen hervorzuheben. Wengleich dies alles seine Berechtigung hat, möchte ich dieses Grußwort aufgrund jüngster Ereignisse stärker in den Bezug zu den heutigen Herausforderungen setzen.



Im Lichte der Schändung der größten Gedenkstätte der Republik in Mauthausen, des massiven Anstiegs der Anzeigen und Verurteilungen nach dem Verbotsgesetz und der 75. Jährung der Februarkämpfe gegen Faschismus und für die Demokratie müssen wir der Frage Raum geben, welche Bedeutung der Umgang mit unserer Vergangenheit und das konsequente Auftreten gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus heute in unserer Gesellschaft einnehmen. Und wie viel Raum im Gegenzug heute jenen gelassen wird, die den Holocaust verleugnen, verharmlosen und relativieren. Ebenso müssen wir uns fragen, welche Meinungen ein Politiker oder eine Politikerin in ihrer Tätigkeit fördert, welche Geschichtstraditionen damit für zulässig erklärt werden und welchem Umfeld dies dient.

Ich bekenne mich uneingeschränkt zum Verbotsgesetz als Grundpfeiler des demokratischen Österreich. Darüber hinaus aber brauchen wir einen moralischen Grundkonsens, der weit über das juristisch Einklagbare hinausgeht. Die Unterstützung einer kritischen Öffentlichkeit ist dabei unabdingbar, die Förderung einer aktiven Gedenkkultur unter Einbeziehung von jungen Menschen eine absolute Notwendigkeit.

Der Nationalfonds der Republik Österreich, dessen Kuratorium ich vorsitze, hat in den fast fünfzehn Jahren seines Bestehens eine Vielzahl an engagierten Zeitgeschichte-Projekten gefördert, insbesondere im Schulbereich wurden viele Initiativen gesetzt. Ich halte es für unverzichtbar, diese Unterstützung in den kommenden Jahren weiter auszubauen.

Im österreichischen Parlament fand der diesjährige Gedenktag am 5. Mai unter dem Titel „Gedenken ist mehr als Erinnerung“ statt. Ein Plädoyer für eine aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte und gegen das Vergessen. Dafür steht seit 60 Jahren der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten und dafür spricht seit 60 Jahren „Der Sozialdemokratische Kämpfer“.

Für das langjährige Engagement möchte ich allen mitwirkenden Genossinnen und Genossen aufrichtig und herzlich Dank sagen und für die wertvolle Arbeit auch in Zukunft alles Gute wünschen.

Mag.^a Barbara Prammer
Erste Präsidentin des Nationalrates

Es ist mir eine Freude, euch anlässlich des 60-jährigen Bestandes des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten persönlich und in meiner Funktion als wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes meine herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer standen gemeinsam mit den anderen beiden Opferverbänden an der Wiege des DÖW. Die Zusammenarbeit mit den Repräsentanten und Repräsentantinnen der Freiheitskämpfer war stets eine wesentliche Bereicherung unserer Tätigkeit, nicht zuletzt wirkten die Vorsitzenden stets auch als Vizepräsidenten des DÖW, beginnend damals 1963 mit der unvergessenen Rosa Jochmann. Die unverrückbar gegen den Nationalsozialismus und Faschismus gerichtete Gesinnung ist heute gefragter denn je, wenn Rechtspopulisten und Rechtsextremisten nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa wieder politisches Kapital aus Unzufriedenheit und Krise zu schlagen versuchen. Es bedarf grundsatztreuer Kämpfer und Kämpferinnen gegen Rassismus und Antisemitismus ebenso wie unverbrüchlichen Eintretens für Demokratie und Menschenrechte. Hier liegen die Aufgaben und die Verantwortung für die Zukunft.

In diesem Sinne wünsche ich euch und uns allen erfolgreiche Arbeit in den nächsten Jahrzehnten.

60 Jahre Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer



Josef Hindels vermochte viele philosophische Begründungen auf die zentrale Frage unserer Gesinnungsgemeinschaft: „Warum bin ich Sozialist?“ zu geben. Seine beeindruckendste Antwort war und ist für mich zugleich auch die einfachste: „Weil ich für Gerechtigkeit bin“. Sich für soziale Gleichheit auszusprechen, heißt für uns immer auch, sich für die Freiheit des Einzelnen, die Wahrung der unabdingbaren Menschenrechte und für die Demokratie einzusetzen. Wir Sozialdemokraten gehörten in der österreichischen Geschichte immer zu den kompromisslosen Verteidigern dieser Regierungsform. Viele sahen sich deswegen auch staatlichen Verfolgungen ausgesetzt, mussten schwere Leiden erdulden und nicht wenige unserer Genossinnen und Genossen bezahlten diesen Einsatz für Gerechtigkeit mit dem Leben. Doch nur durch diesen Kampf um die Freiheit, für den ihr steht, konnte Österreich einen würdigen Platz in der Geschichte ein- und seine heutige Gestalt annehmen.

Wie viele anderer meiner Generation bin ich durch die Begegnung mit Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern politisch geprägt worden. Rosa Jochmanns Appell an uns junge Sozialisten, nie zuzusehen, wenn Unrecht geschieht, ist für mich und uns alle ein Auftrag, der immer zeitgemäß bleiben wird. Die Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit ist in dieser schwersten wirtschaftlichen Krisenzeit seit 1929 mein wichtigstes Ziel als Bundeskanzler dieser Republik. Ich habe von euch erfahren, wozu Arbeitslosigkeit führen kann, welche Verzweiflungen sie in den Familien auslöst, welche Hoffnungen sie begräbt und zu welcher Radikalisierung sie in der Gesellschaft beiträgt.

Die Sozialdemokratie, die unsere politische Heimat ist, verstand sich immer als Zukunftsbewegung, als ein „Bauvolk der kommenden Welt“. Eure Leistungen für dieses Land – nicht nur in den vergangenen sechzig Jahren – können nicht hoch genug bewertet werden. Als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und als Bundeskanzler dieses Landes möchte ich mich daher bei euch für euren Einsatz, für euer aller Lebenswerk im Sinne der Solidarität und für euren Kampf um die Freiheit Österreichs bedanken.

Freundschaft

Werner Faymann
Bundesparteiivorsitzender

60 Jahre Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer



Als Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz bin ich auch für den Bereich der Opferfürsorge zuständig. Die vier im Opferfürsorgegesetz angeführten Opferverbände arbeiten seit mehr als sechs Jahrzehnten im Interesse der Verfolgten der faschistischen Regime, insbesondere der NS-Diktatur, aktiv in der Opferfürsorgekommission des Bundes und in den Rentenkommissionen auf Länderebene mit. Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten war seit seiner Gründung im Jahr 1949 immer an vorderster Linie dabei, wenn es darum ging, Hilfe und Verbesserungen für die Opfer durchzusetzen.

Unvergesslich bleibt das Wirken von Rosa Jochmann, die auch im österreichischen Nationalrat für die Anliegen jener Menschen, die für die Befreiung und Wiederherstellung Österreichs ihr Leben geopfert haben, eingetreten ist. Auch eine Reihe von weiteren Abgeordneten setzte und setzt sich für gesetzliche Verbesserungen für die Opfer und ihre Hinterbliebenen ein.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bezogen ca. 9.700 Opfer und Hinterbliebene Rentenleistungen nach dem Opferfürsorgegesetz. Heute sind es noch ca. 1.900 Personen. Die budgetären Aufwendungen hierfür betragen im Jahr 2008 15,2 Mio. Euro sowie insgesamt für den Bereich Opferfürsorge seit 1945 über 800 Mio. Euro.

Auch in den letzten Jahren wurden wesentliche Verbesserungen erreicht: Das Pflegegeld wird nunmehr in allen sieben Stufen für politisch Vertriebene exportiert, die österreichische Staatsbürgerschaft ist als Voraussetzung für Rentenleistungen entfallen und die Beihilfen wurden durch die günstigeren Renten ersetzt. Weiters wurden neue Opfergruppen, wie etwa Opfer der NS-Militärjustiz sowie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgte Personen, in das Opferfürsorgegesetz einbezogen und auch ein Anspruch auf Opferrenten nach einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 20 v. H. wurde geschaffen.

Ein wichtiger Beitrag der Republik war die Gewährung einmaliger Zuwendungen in den Gedenkjahren 2005 und 2008 an Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung sowie deren Hinterbliebene.

Hiedurch haben für das Jahr 2005 rund 3.500 Personen und für das Jahr 2008 bisher rund 2.900 Personen eine finanzielle Erinnerungszuwendung der Republik erhalten.

Die wichtigste Aufgabe der Opferverbände war und bleibt es, mit den überlebenden Zeitzeugen gemeinsam mit Historikern zu mahnen: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg.

Ich wünsche dem Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten anlässlich der Erinnerung an die Gründung vor sechzig Jahren weitere Erfolge in seiner für die Opfer und die Republik Österreich so wichtigen Arbeit.

Bundesminister Rudolf Hundstorfer

Aus der Vorgeschichte unseres Bundes

Der Gründung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus im Jahr 1949 ist die Konstituierung eines Bundes der Sozialistischen Freiheitskämpfer vorangegangen. Am 10. Februar 1947 versammelten sich im Haydn Kino in Wien viele ehemalige Februarkämpfer, Männer und Frauen des Widerstandes gegen den Nazifaschismus, um über den künftigen Weg zu beraten.

Sie erhielten vom Parteivorstand der SPÖ die Aufgabe übertragen, wesentliche Impulse für die Erinnerungskultur ihres Kampfes gegen Faschismus und Barbarei zu setzen. Sie sollten die Vorarbeiten für ein geplantes „Rotbuch“ der Partei leisten. Zur Erinnerung: Im Sommer 1946 erschienen von der österreichischen Bundesregierung der erste Teil: „Rot-Weiß-Rot-Buch. Gerechtigkeit für Österreich. Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs“, weitere Bände sind nicht erschienen. In einem Rundschreiben an alle Landes- und Bezirkssekretariate der SPÖ konkretisierte der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs seine Aufgabe. Er versuchte alles erlangbare Material, persönliche Erinnerungen, politische Briefe und illegale Drucksorten aller Art, Flugblätter, Zeichnungen, Broschüren etc., zu sammeln und zu sichten. „Wir hoffen“, schrieb der Bund am 10. März 1947, „dass Sie in der Lage sind, unserem Wunsch zu entsprechen und auf diese Weise dazu beitragen, ein geschichtliches Dokument zu schaffen, das den Leistungen gerecht wird, die unsere Genossen vom Februar 1934 bis zum April 1945 vollbracht haben.“ Ebenfalls am 10. März 1947 ging noch ein Rundbrief an alle Landes- und Bezirksreferenten des Bundes

Sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs, in dem darauf hingewiesen wurde, dass das erwähnte „Rot-Weiß-Rot-Buch“ ziemliche Lücken aufweist. Das Buch zeigt manches nicht auf, „weil es ihnen unangenehm ist und vor allem die Zeit von 1933 bis 1938 möchten sie am liebsten ganz tot schweigen.“ Es vergingen noch etliche Jahre, ehe Publikationen über den Widerstand der Revolutionären Sozialisten und der Freien Gewerkschaften im Untergrund erschienen – *Joseph Buttinger: Am Beispiel Österreichs, 1953; Otto Leichter: Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 1963; Walter Wisshaupt: Wir kommen wieder. Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934–1938, 1967; Otto Leichter: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs Revolutionäre Sozialisten 1934–1938, 1968; Josef Hindels: Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934–1945, 1976.*

Die im KZ Ravensbrück inhaftierten österreichischen Sozialistinnen waren mit dabei, als am 24. und 25. Mai 1947 im Gemeinderatssaal des Alten Rathauses in Wien die Gründungsversammlung der ehemaligen weiblichen Häftlinge des Konzentrationslagers Ravensbrück unter dem Ehrenschild des langjährigen Wiener Bürgermeisters Karl Seitz, der selbst Häftling in diesem KZ war, stattfand. Rosa Jochmann, eine der drei gewählten Vorsitzenden, hielt bei dieser konstituierenden Versammlung eines der Hauptreferate. Bei diesem Bundestreffen der Ravensbrückerinnen rezitierte man das berührende, von Käthe Leichter im KZ Ravensbrück verfasste Gedicht „An meine Brüder in den Konzentrationslagern“. Die SS ermordete Käthe Leichter mit ihren jüdischen Leidensgefährtinnen im März 1942 in der NS-Euthanasieanstalt Bernburg/

Saale. Über sie schrieb bereits im Dezember 1945 Genossin Rosa Jochmann: „Genossin Leichter war die Seele ihres Blockes und uns ‚Politischen‘ die Lehrerin, die sie draußen gewesen war. Die Juden waren alle in einem Block untergebracht, 500 im Jahre 1940, niemand wurde so gequält wie sie ...“

Der 1. November 1948 war ein bedeutender Tag für die Genossinnen und Genossen unseres Bundes. An diesem Tag wurden das von Fritz Cremer sowie Wilhelm und Margarete Schütte gestaltete Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer für ein freies Österreich 1934–1945 und das Grabdenkmal für den durch das Standgericht der Austrofaschisten zum Tode verurteilten und am 15. Februar 1934 im Landesgericht Wien hingerichteten Wachkommandanten der Hauptfeuerwache Floridsdorf und Mitglied der Akademischen Legion des Republikanischen Schutzbundes Ing. Georg Weissel enthüllt. Auf der Schachtgräberanlage des Wiener Zentralfriedhofs in der Gruppe 28/Reihe 42 der im Februar 1934 gefallenen Schutzbündler – im Gegensatz zu den Opfern der Exekutive und der austrofaschistischen paramilitärischen Verbände, die mit großem Pomp und Aufwand bestattet wurden, erfolgte die Beerdigung der gefallenen Schutzbündler und der vielen zivilen Opfer heimlich und ohne jedes Aufsehen – plante das Organisationskomitee der SPÖ im Dezember 1947, ein Erinnerungszeichen zu setzen. Genosse Otto Probst wollte ein Preisausschreiben für dieses Mahnmal durchführen und einen Beschluss des Parteivorstandes der SPÖ für dieses Projekt einholen. Dieses Gremium gab jedoch keine Stellungnahme dazu ab und so konnte erst fünfzig Jahre nach dem Februar 1934 auf dieser Grabstätte ein Mahnmal von Leopold Grau-

sam jun. enthüllt werden. Immer wieder forderte unsere langjährige Vorsitzende Rosa Jochmann die Landes- und Bezirksgruppen auf, die Mahnmale, Gedenktafeln und Gräber unserer ermordeten und im Kampf gegen den Faschismus gefallenen Genossinnen und Genossen bekannt zu geben. Genossin Rosa Jochmann stellte dazu in einem Rundschreiben vom 2. Dezember 1950 fest, dass sie es als beschämend für den Bund empfinden würde, „wenn es verwahrloste Gräber unserer Opfer gibt“. Im Sekretariat des Bundes stellte man ein Verzeichnis der Mahnmale für die Opfer des Faschismus von 1934–1945 zusammen. Rosa Jochmann und Karl Mark legten daher am 20. Dezember 1950 allen Landesverbänden und Bezirksgruppen von Wien die dringende Bitte ans Herz, alle bekannten Mahnmale, Gedenktafeln, Benennungen von städtischen Wohnhausbauten nach Opfern etc. bekannt zu geben und eine Legende beizufügen, die die „Namen der Opfer, wenn möglich Geburtsdatum, wann und wo im Kampfe gegen den Faschismus gefallen oder justifiziert“ enthalten sollte.

Diese Recherchen waren dann auch den Genossinnen Rosa Jochmann und Rudolfine Muhr sehr hilfreich, als sie das Manuskript von Erich Fein, Sekretär des Bundesverbandes österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband), über die Erinnerungskultur in Österreich durcharbeiteten. Die Dokumentation von Erich Fein „Die Steine reden. Gedenkstätten des Österreichischen Freiheitskampfes. Mahnmale für die Opfer des Faschismus“, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, erschien 1975 im Wiener Europa-Verlag. ■

Herbert Exenberger

Warum Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus?

Als nach dem 12. Februar 1934, nach Auflösung der Sozialdemokratischen Partei, ihrer Nebenorganisationen und der Freien Gewerkschaften die illegale Organisation der Revolutionären Sozialisten gegründet wurde, kam es — bedingt durch das gemeinsame Ziel, den grünen Faschismus zu zerschlagen — zwischen uns und der illegalen Organisation der Kommunisten zeitweise zu Vereinbarungen; jedoch blieb jede Organisation unabhängig und selbständig.

Erst in der Zeit des Nazifaschismus, als unsere ehemaligen Gegner, die Christlichsozialen, ebenfalls in die Illegalität gedrängt wurden, erst dann waren Bestrebungen im Gange, unbekümmert um die Weltanschauung alle antifaschistischen Kräfte zu einer Front gegen den Nationalsozialismus zusammenzufassen. So entstand die Widerstandsbewegung, in deren Reihen Kommunisten neben Monarchisten, Sozialisten und Bürgerliche den unterirdischen Kampf führten. Die Brutalität und Totalität des bestehenden Regimes hatte alle politischen Gegensätze zurückgedrängt in dem einzigen Bestreben, den braunen Faschismus zu zerschlagen. In den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Dritten Reiches fand diese Einstellung verstärkt ihre Fortsetzung.

In den Lagern kam kein weltanschaulicher Gegensatz zum Durchbruch. Es gab nur zwei Fronten innerhalb der Häftlinge: die einen, die bedingungslos bereit waren, sich gegen die SS zu stellen, und die anderen, die niedrig genug waren, um sich mit der SS gegen die eigenen Schicksalsgefährten zu vereinen. Gewiß, wir diskutierten und stritten uns um dieses oder jenes, aber grundsätzlich waren wir eine nicht zu erschütternde Gemeinschaft. Nonnen und Priester standen hier neben den Sozialisten und Kommunisten, die Monarchisten gesellten sich zu uns, jeder Gegensatz der Rassen und Nationen war aufgehoben, es gab nur ein einziges Gebot, den Zusammenschluß aller „Politischen“ gegen ihre Peiniger und Unterdrücker. Es gab nur gemeinsame Interessen, gemeinsam ersehnten wir die Stunden der Befreiung und gemeinsam sprachen wir von der Zukunft, die wir neu gestalten wollten. Welche Prognosen hatten wir doch innerhalb der Kerkermauern und des Stacheldrahtes gestellt? Sie waren alle falsch, denn wir vergaßen, daß die politischen Gegensätze natürlich wieder zutage treten müßten, nachdem das System der Gewalt gefallen war.

Als die Befreiung kam, gingen wir heim mit dem Glauben und mit der Hoffnung, daß nun die Zeit der Gewalt vorbei sei und der Vergangenheit angehöre, gingen wir heim mit dem Bestreben und dem heiligen Ernst, eine neue Welt auf den Trümmern der alten aufzu-

bauen. Gingen wir heim mit dem heiligen Gelöbnis im Herzen, das Andenken unserer toten Kameraden dadurch zu ehren, daß wir diese neue Welt nach den Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit erbauen werden.

Nach unserer Heimkehr schreckten uns nicht der Hunger, nicht die Sorgen des Alltags; in uns war so viel Bereitschaft, so viel Entschlossenheit für die neue kommende Zeit! Und nichts wäre in stande gewesen, unsere Lagergemeinschaft zu spalten, denn zu viel verband uns. Uns band das Grauen, das wir erlebten, uns band aber auch die große und tiefe Kameradschaft, die Solidarität, die geboren wurde aus unserer grenzenlosen Not und die doch so wunderbar war, daß wir selbst heute diese Erinnerungen aus unserem Leben nicht streichen möchten. Wir Sozialisten waren guten Willens, wir waren bereit, unsere Kameradschaft aus dem politischen Streit herauszuhalten. Deshalb erschien es uns selbstverständlich, daß der Verband der ehemals politisch Verfolgten und Häftlinge gegründet wurde. Niemals dachten wir daran, einen eigenen Verband zu schaffen, niemals wollten wir uns von den Schicksalskameraden der KPÖ und ÖVP trennen, wenn innerhalb des Verbandes jede politische Diskussion ausgeschaltet bleibt.

Leider wurden diese Erwartungen nicht erfüllt, denn kaum waren einige Wochen nach unserer Heimkunft verstrichen, da zeigte es sich, daß es unmöglich ist — vielleicht besonders deshalb, weil wir eben politische Menschen sind —, eine Gemeinschaft aufrechtzuerhalten, die frei von Politik ist. In der Zeit, in der wir im Lager, im Zuchthaus oder im illegalen Kampfe gestanden waren, konnten wir nicht voraussehen, daß nach der Befreiung die Gegensätze der Parteien heftiger denn je aufeinanderprallen werden. Wir mußten erkennen, so wenig man neutral sein kann, weil man durch die sogenannte Neutralität das Bestehende bejaht, so wenig ist es im 20. Jahrhundert möglich, mitten im politischen Kampf zu stehen und zu glauben, daß man nach der politischen Tagesarbeit zu einer Zusammenkunft mit den ehemaligen Kameraden, die natürlich auch heute verschiedenen politischen Richtungen angehören, gehen kann, die Türe hinter sich schließt und nun unpolitisch ist. Theoretisch vielleicht möglich, in der Praxis hat sich die Unmöglichkeit erwiesen.

Es ist nicht die Aufgabe dieses Artikels, aufzuzeigen, welche Praktiken im ehemaligen Häftlingsverband aus parteiegoistischen Gründen verfolgt wurden, sondern es soll dargelegt werden, daß die Erfahrungen der vergangenen Jahre uns gezwungen haben, einen eigenen Verband innerhalb unserer Partei zu gründen.

Daher haben wir am 12. März 1949 das Opferfürsorgereferat der Partei und den Freiheitskämpferbund vereinigt und den Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gegründet. Seine Aufgabe ist es, die Rechte der Opfer des Faschismus zu wahren, soweit auf sie das Gesetz für die Opfer des Faschismus Anwendung findet, und zugleich jene illegalen Kämpfer in unserem Bunde zu sammeln, die keine Freiheitsstrafe erlitten haben, aber unentwegt alles für die Idee des Sozialismus aufs Spiel setzten. Die Zahl der Mitglieder unseres Bundes wird beweisen, wie viele Sozialisten und Sozialistinnen für die Freiheit Österreichs gekämpft und gelitten haben. In unserem Bund sozialistischer Freiheits-

kämpfer und Opfer des Faschismus bekennen wir uns zu dem heldenhaften Widerstand der illegalen Kämpfer; aber es ist heute klar, daß die Welt hinter dem Stacheldraht, die Welt der Illegalität und die Welt nach 1945 verschiedene Begriffe sind, die man nicht vereinigen kann. Die Trennung ist vollzogen, jede Partei hat ihren eigenen Verband, wir Sozialisten und Sozialistinnen werden in unserem Bund der Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus mehr als je für die Freiheit, die Demokratie und die Unabhängigkeit Österreichs kämpfen. Wer daher aus der ehemaligen illegalen Bewegung heute in unserer Partei ist, der gehört in den Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.

Der Dichter wurde am 23. März 1919 in Graz geboren. Am 27. Jänner 1943 wurde er von den Nazihenkern in Berlin hingerichtet.

Vergeßt nie

Was wäre unser Opfer? Nichts!
Wenn ihr verzweifelten Gesichts
nach unserem Tod entsagt,
euch nicht mehr freut des nahen Lidts,
verfolgt vom Schatten des Verzichts,
nur den Verlust beklagt,
der euch bedrückt, Erseht den Sinn
und dämmert nicht im Schmerz dahin!
Gerade dann tut not,
daß Euer Glaube klar erkennt
die Pflicht! So sind wir nie getrennt!
Seid würdig dem Gebot!

RICHARD ZACH



Erste Ausgabe des „Kämpfers“ (Faksimile)

15 JAHRE NACHHER

Die Gründung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

Samstag, den 12. Februar 1949, 15 Jahre nach dem heldenhaften Kampf der österreichischen Arbeiter gegen den Austrofaschismus, hatten der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs und das Opferfürsorgeferat der Sozialistischen Partei Österreichs beschlossen, sich zusammenzuschließen zum „Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“ und schon am 12. März konnten sich etwa 100 Delegierte aller Wiener Bezirke und aller Bundesländer zur Gründungskonferenz des Bundes im Döblinger Arbeiterheim versammeln. Viele Mitglieder der Parteivertretung mit dem Ehrenvorsitzenden und dem Obmann der Partei an der Spitze, der Bürgermeister von Wien, sozialistische Minister und Stadträte und die Vertreter befreundeter Organisationen hatten sich eingefunden. Genossin Rosa Jochmann als geschäftsführende Vorsitzende des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und als Opferfürsorgeferentin des Parteivorstandes eröffnete und begrüßte die Versammlung. Dann sprachen Genosse Karl Seitz und Genosse Theodor Körner, Genossin Gabriele Proft und Genosse Dr. Adolf Schärf. Als erster Redner sprach

Genosse Seitz:

Auch ich habe, wie Sie alle, unter dem Regime der Dollfuß und Hitler zu leiden gehabt. Dollfuß hat mich 1934 wegen Hochverrats in Untersuchung gezogen, Hitler hat mich 1944/45 durch die Gestapokerker am Morzinplatz und in Moabit in das KZ Ravensbrück geschleppt. Ich aber habe immer gewußt: Hitler wird uns nicht niederbrechen. Und wir haben es überstanden. Jetzt müssen wir alle mithelfen, daß allen, denen der Faschismus Leid zugefügt hat, daß allen, die heute noch an den Folgen dieser grauenvollen Jahre zu tragen haben, alles an Hilfe geboten wird, was dieses bettelarme Österreich leisten kann. Was den Opfern Hitlers und Dollfuß angetan wurde, wird in alle Ewigkeit unvergessen bleiben. Wir Sozialisten aber werden alles tun, um uns alle in eine bessere Zukunft zu führen, in ein sozialistisches Österreich. Dann sprach

Genosse Körner:

Nur in Schmerzen wird eine neue Welt geboren, und immer wieder, wenn sie sich nicht mehr auf dem Wege der Vernunft, auf dem Wege friedlicher Überzeugung, auf dem Wege der Demokratie durchsetzen kann, wenn die Kräfte der Vergangenheit der Zukunft den Weg versperren wollen, kommt es zum Zusammenstoß, zur gewaltsamen Auseinandersetzung. Vergessen wir aber nie, wann und wie eine Demokratie verlorengeht. Es ist möglich, daß die Entwicklung nicht immer friedlich und fortschrittlich verläuft. Die Aufgabe sozialistischer Freiheitskämpfer aber ist es, immer zu ver-

stehen, um was es sich handelt und der Zukunft der Arbeiterklasse, dem Sozialismus einen Weg zu ebnet.

Nach Genossen Körner ergriff Genossin Proft das Wort.

Genossin Proft:

Die sozialistischen Frauen haben vor Jahrzehnten den Kampf um die Gleichberechtigung von Mann und Frau aufgenommen. 1918 hat dann die erste Republik uns Frauen diese politische Gleichberechtigung gebracht. 1934 aber kamen die Tage, die Monate, die Jahre, wo die Frauen die Berechtigung ihres Anspruches zu beweisen hatten. Und sie haben sie bewiesen im illegalen Kampf und im Widerstand, in den Gefängnissen und in den Konzentrationslagern, unter dem Fallbeil und in den Gaskammern. Darum verstehen wir die Bestrebungen der Freiheitskämpfer und der Opfer nur zu gut. Wir dürfen aber nicht dabei stehenbleiben, an die Qualen zu denken, die wir ausgestanden haben. Geist und Körper müssen frei werden für den Aufbau der großen Sache, der wir uns verschrieben haben: Für den Aufbau des Sozialismus.

Nun hielt Genosse Schärf die Begrüßungsansprache namens des Parteivorstandes.

Genosse Schärf:

In den ersten Jahren nach dem Ende des Dritten Reiches fanden sich Freiheitskämpfer

Der Bundesvorstand

Unmittelbar nach seiner Konstituierung nahm der Bundesvorstand des „Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“ in vollem Ausmaß die Arbeit auf. In der ersten Sitzung des Vorstandes konnte die Vorsitzende Genossin Jochmann berichten, daß die Gründung des Bundes in der Öffentlichkeit und vor allem in den Reihen unserer Genossen begrüßt wird.

In einer Reihe von Wiener Betrieben haben Arbeiter und Angestellte, die in der faschistischen Ära nicht parteigebundenen illegalen Gruppen angehört hatten, nunmehr den Wunsch geäußert, unserem Bund beizutreten. Die Sozialisten unter ihnen haben nach 1945 es vielfach abgelehnt, dem ehemaligen „Bund der politisch Verfolgten“ beizutreten, sahen sie doch instinktiv die Entwicklung in dieser 3-Parteien-Vereinigung voraus. Nunmehr treten sie in die Reihen des sozialistischen Freiheitskämpferbundes.

In einer eingehenden Debatte wurde beraten, wie man die Beitrittsgesuche von Freiheitskämpfern und Opfern des Faschismus behandeln soll, die nicht Mitglieder der SPÖ sind

und Opfer des Faschismus aller Parteien in einer Organisation zusammen. Die Kommunisten versuchten bald, diese Organisation ihren besonderen Parteiinteressen dienstbar zu machen. Dies zerbrach die Gemeinsamkeit; Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus schlossen sich dann gemäß ihrer politischen Überzeugung in verschiedenen Bündnissen zusammen. Wir Sozialisten sind über diese Entwicklung froh.

Wir freuen uns, nicht mehr mit ehemaligen Heimwehfaschisten in einer Organisation zusammensitzen, mit Leuten, die im Februar 1934 den Schießbefehl gegen die Sozialdemokraten gaben. Wir Sozialisten haben zwei Zeiten des Freiheitskampfes und der Verfolgung hinter uns: die des österreichischen Faschismus und jene des Nationalsozialismus. Die österreichischen Sozialisten haben freiwillig ihr Leben eingesetzt, als es galt, gegen eine hochverräterische Regierung für die Demokratie zu kämpfen; sie haben zu einer Zeit für Freiheit und Demokratie für alle gekämpft, da die anderen nur an ihre Parteidiktatur dachten.

Wir wollen nicht mit anderen darüber rechten, wer in der Zeit des Nationalsozialismus mehr Opfer brachte. Wir haben jedoch allen Grund, zum Unterschied von den anderen mit Stolz auf unsere gesamte Vergangenheit zurückzublicken.

Wir begrüßen es, daß sich die sozialistischen Freiheitskämpfer in einer besonderen Organisation vereinigen. Was alle wahren Freiheitskämpfer in Österreich eint, die Liebe zum Land und zu unserem Volk, wird sich leichter durchsetzen lassen, wenn die Freiheitskämpfer, getrennt marschierend, demselben Ziel zustreben,

an der Arbeit

(bekanntlich können im Sinne der Statuten nur Mitglieder der SPÖ dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus angehören). Es wurde beschlossen, alle solchen Bewerber, wenn sie Träger der Amtsbescheinigung oder des Opferausweises sind und keiner der zwei anderen Parteien oder deren Opferverbänden angehören, in die Betreuung des Bundes aufzunehmen und ihnen Betreuungskarten auszugeben.

In der gleichen Sitzung wurde eine Reihe von Beschlüssen betreffs Organisationsfragen gefaßt.

Nationalrat Genosse Mark berichtete über das 6. Rückstellungsgesetz, welches die Ansprüche geschädigter Dienstnehmer regeln soll und über unsere Forderungen zu diesem Gesetz.

Die folgenden Sitzungen waren vorwiegend dem organisatorischen Aufbau des Bundes gewidmet. Aus den Ländern, insbesondere der Steiermark, laufen überaus erfreuliche Berichte über den Zustrom zum Bund ein. In Wien hat sich der Landesverband bereits konstituiert, ebenso mehrere Bezirksgruppen.

als wenn versucht wird, das Unvereinbare in einer Organisation zu vereinigen.

Möge der Geist echten und wahren Freiheitskampfes in uns stets erhalten bleiben, zusammen mit dem Geist der tätigen Hilfe für die Opfer des Faschismus!

Anschließend wurde der von Genossen Karl Mark als Berichterstatter vorgelegte Statutenentwurf einer eingehenden Beratung unterzogen, an der sich zahlreiche Delegierte und Gäste beteiligten, und mit geringfügigen Abänderungen beschlossen. Dann schritt die Gründungsversammlung zur

Wahl des Bundesvorstandes

und wählte die Genossen Paula Wallisch, Karl Seitz und Julius Deutsch zu Ehrenvorsitzenden und in den Bundesvorstand die Genossen Adelpoller, Fleck, Flußmann, Hein, Heinemann, Rosa Jochmann, Krell, Mark, Rudolfine Muhr, Dr. Schneeweiß, Trimmel, Dr. Wolken, alle Wien; Pfaller, Niederösterreich; Labek, Oberösterreich; Lackner, Steiermark; Lager, Kärnten; Gerstenbreun, Tirol; Mertl, Vorarlberg. Die Vertreter des Burgenlandes und Salzburgs werden später nominiert. (In der konstituierenden Sitzung des Vorstandes wurde Rosa Jochmann zum ersten Obmann, Mark zum zweiten Obmann, Flußmann zum Kassier und Fleck zum Schriftführer gewählt.)

Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die der freudigen Genugtuung Ausdruck gab, daß sich die sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus am Jahrestag der Unterjochung Österreichs durch den Nationalsozialismus zu einer einheitlichen Organisation zusammenschließen. Die Resolution erklärt weiter, daß die Versammlung mit Befremden zur Kenntnis nimmt, daß gerade dieser Tag (12. März) von Leuten, die sich heute als Demokraten aufspielen, dazu benützt wird, um die Totengräber der Demokratie reinzuwaschen, die von 1934 bis 1938 systematisch alle Widerstandskräfte gegen die Barbarei in Österreich ausgeschaltet und zerstört haben.

Die Sozialisten haben die unwürdige Zustimmung der Volkspartei, die Opfer des Faschismus mit kleinen Steuerbegünstigungen abzuspeisen und dafür den belasteten Nationalsozialisten ihr Vermögen zurückzugeben, mit Enttäuschung zurückgewiesen. Sie lenken die Aufmerksamkeit der Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus auf die Tatsache, daß die Vertreter kapitalistischer Interessen in der Volkspartei, die bisher vor allem für die Rückstellung an die besitzenden Klassen eingetreten sind, das sechste Rückstellungsgesetz ablehnen, das eine Wiedergutmachung für die geschädigten Dienstnehmer vorsieht.

Die sozialistischen Freiheitskämpfer wenden sich gegen diese kapitalistischen Bestrebungen mit derselben Entschiedenheit, mit der sie den Versuchen der Kommunisten, sich das Monopol der Interessenvertretung der ehemals politisch Verfolgten anzumaßen, entgegenzutreten.

Aus der Arbeit unserer Landesverbände

Burgenland

Zuerst gilt es, jener Widerstandskämpfer und Opfer des Naziregimes zu gedenken, die diesen Bund aufgebaut haben, und ihnen zu danken. Sie haben zu ihrer Zeit die Interessen der Opfer mutig vertreten und ihr Gedenken durch ihr Mahnen gegen Faschismus und Rechtsradikalismus unermüdet weitergetragen.

Für das Burgenland seien stellvertretend NR Fritz Robak, LAbg. Anna Pöpperl, Landesrat Stefan Billes und Hans Steiner namentlich erwähnt.

Ihr nachhaltiger Einsatz galt den Überlebenden des Regimes. Sie verhalfen ihnen zur Erfüllung ihrer verdienten Ansprüche und Anerkennung.

Der Opfer zu gedenken und ihnen durch Gedenkstätten (Gedenktafeln) ein bleibendes und ehrendes Erinnern zu sichern, galt ihnen als vornehmer Auftrag. Stefan Billes war überdies bis zu seinem 90. Lebensjahr als kämpferischer und aufklärer Zeitzeuge in den burgenländischen Schulen unterwegs.

Neue Perspektive. Da nun unsere Zeitzeugen nicht mehr am Leben sind, galt und gilt es zu überlegen, wie der Auftrag „Nie wieder“ und „Niemals Vergessen!“ – passend für unsere Zeit – erfüllt werden kann. Auftrag und Aufgabe für uns Nachgeborene bleiben unverändert:

- Gedenken an die Opfer des Widerstandes und des Faschismus
- Auseinandersetzen mit den Wurzeln und Ursachen des Faschismus in kritischer Analyse
- Herstellen des Bezugs zu Entwicklungen des Rechtsradikalismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus in ihren neuen vielfältigen

Erscheinungsformen der Gegenwart

Neue Formen der Arbeit

Dementsprechend achten wir darauf, Gedenkfeiern nicht in Ritualen erstarren zu lassen. Wir binden KünstlerInnen, junge HistorikerInnen, PolitologInnen und VertreterInnen der Jugendorganisation bei ihrer Gestaltung ein. Aktive PolitikerInnen haben Gelegenheit, aber auch die Aufgabe, den Bezug zur heutigen Situation herzustellen.

Immer mehr junge Historiker, Politologen und Soziologen beginnen, sich in Projekten und Arbeitsgemeinschaften aktiv mit den Geschehnissen in ihren eigenen Familien und den Gemeinden in ihrem Land auseinanderzusetzen.

Unser Bund fördert und unterstützt diese Arbeiten. Wir versuchen so, das Vermächtnis unserer Widerstandskämpfer und Opfer des faschistischen Regimes zu erfüllen: die Weitergabe von Gedenken, Erinnern und Mahnen an unsere heutigen politischen VertreterInnen. Unsere gesamte gemeinsame Arbeit mündet im Auftrag an sie, dieses Erinnern in ihr politisches Denken und aktuelles Handeln einzubringen. ■



LAbg. a. D. Gertrude Spiess

Kärnten

Die Kärntner Organisation des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer bemüht sich seit Jahren einerseits um die Erinnerung an die Geschichte und Traditionen unserer Gesinnungsgemeinschaft, andererseits bestehen für die Zukunft starke Ambitionen, die Landesgedenkstätte der Opfer für ein freies Österreich in Klagenfurt-Annabichl zu erneuern.

Im Zuge länger anhaltender Diskussionen über die Erhaltung bzw. die notwendige Erneuerung der Landes-Gedächtnisstätte der Opfer für ein freies Österreich in Annabichl wurde in den letzten Jahren das Engagement im Verein MKK – Memorial Kärnten-Koroška als Plattform gegen das Wiederaufleben von Faschismus, Rassismus und Antisemitismus im Bundesland Kärnten verstärkt.

Ursprünglich hatte sich im Jahr 1965 – anlässlich des 20-jährigen Gedenkens an die Beendigung der NS-Schreckensherrschaft – ein „Komitee zur Errichtung des Mahnmals für den österreichischen Freiheitskampf“ gebildet, dem als Ehrenvorsitzender der damalige Landeshauptmann von Kärnten, Ferdinand Wedenig, vorstand. Seitens des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer wirkten LAbg. Hans Pawlik, vom Landesverband der Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus Josef Nischelwitzer und von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten NRAbg. a. D. Gottfried Wunder geschäftsführend mit. In einem Aufruf an Freunde, Institutionen und Interessierte erinnerte dieses Komitee daran, dass es an der Zeit sei, „eine Gedenkstätte im Zentralfriedhof Klagenfurt-Annabichl zu errichten“, der

neuen und den zukünftigen Generationen zur Mahnung.

Der Verein Memorial Kärnten-Koroška, in dem die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer über den Gründungsvorsitzenden Prof. Vinzenz Jobst führend tätig sind, hat sich insbesondere zum Ziel gesetzt, im Bundesland Kärnten Initiativen für eine würdige und angemessene Gedenkarbeit für jene Frauen, Männer und Kinder zu setzen, die entweder als Antifaschisten gegen den Nationalsozialismus aufgetreten sind bzw. als Opfer der politischen und rassistischen Verfolgung in Konzentrationslagern, Zwangsarbeitslagern, Krankenanstalten und Sonderanstalten gestorben sind. Insbesondere soll die bereits bestehende Landesgedenkstätte der Opfer für ein freies Österreich im Zentralfriedhof Klagenfurt-Annabichl erneuert, durch einen Namensteil erweitert und bleibend erhalten werden. Ebenso tritt die Plattform dafür ein, dass diese Erinnerungsarbeit auf den Bereich der Kärntner Gemeinden ausgedehnt wird.

Es wurde rasch erkannt, dass wissenschaftlich fundierte Kenntnisse der Opfernamen in einem eigenen Projekt erst erarbeitet werden müssen. Die Namen der Opfer aus Widerstand und Verfolgung sind erforderlich, um „den Toten die Identität wiederzugeben“ bzw. die Landesgedenkstätte um jenen Namensteil schlüssig zu erweitern, wie ihn sämtliche in der Plattform vertretenen Initiativen wünschen.

Nun besteht die Absicht, die Landesgedenkstätte der Opfer für ein freies Österreich solide instanzzusetzen, unter Mitwirkung des seinerzeitigen Kunstschaffenden Valentin Oman

zusätzlich einen Namensteil zu errichten und so das Mahnmal dauerhaft zu erneuern. Mithilfe eines temporären Mahnmals mit zunächst 1.000 Namen von NS-Opfern aus und in Kärnten, welches am Nationalfeiertag 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sollte ein erster Beitrag zu dieser neu definierten Erinnerungsarbeit geleistet werden. In der von ca. 170 Personen besuchten Veranstaltung hat als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Kärntens Genosse Landesrat Dr. Peter Kaiser gesprochen. Inzwischen sind dem Projekt der Namensforschung ein Hauptpreis aus

dem Körner-Fonds der Arbeiterkammer Wien (2003) und dem Projekt „Temporäres Mahnmal“ ein Hauptpreis aus dem Anton-Benya-Stiftungsfonds zur Förderung der Facharbeit (2004) zuerkannt worden.

In einer vom Nationalfonds, dem Innenministerium und der Stadt Klagenfurt geförderten Projekt entstehen gegenwärtig die Planungsunterlagen für die zu erneuernde Gedenkstätte mit dem erforderlichen Namensteil (ca. 2.600 Namen). Als Ergebnis dieser Bemühungen wird im Laufe des Jahres 2009 eine Publikation mit den erarbeiteten Ergebnissen aufgelegt werden. ■

Oberösterreich

Als Peter Weidner im Jahr 2005 zum Vorsitzenden des oö. Landesverbandes gewählt wurde, gab es 287 Mitglieder. 2009 sind es nun 371 Mitglieder. Er berichtet:

„Unser Erfolgsrezept war ein einfaches: viele Parteiveranstaltungen besuchen. Insgesamt 29 SPÖ-Sektionen und -Ortsgruppen luden uns die letzten vier Jahre zu Vorträgen und Lesungen ein. Wir stellten die von uns initiierten Bücher ‚Die Poldi. Das Leben einer Linzer Arbeiterin‘ über Leopoldine Feichtinger, ‚Nacht, die nicht enden will‘ über den letzten noch lebenden sozialdemokratischen Schutzbündler Fritz Inkret und ‚Die dunklen Seiten des Planeten‘ über Rudi Gelbard vor und lasen daraus. Wir zeigten Filme über Widerstand und Verfolgung und diskutierten darauf mit unseren Genossinnen und Genossen.“

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist der 12. Februar 1934. Die letzten Jahre führen wir, etwa 45 bis 50 Genossinnen und Genossen der Freiheitskämpfer und Sozialistischen Jugend, nach Bruck an der Mur, um Koloman Wallisch und seiner Mitstreiter zu gedenken, ein Jahr darauf ins ehemalige austrofaschistische

Konzentrationslager Wöllersdorf. 2008 führen wir nach Wien und besuchten die wichtigsten Kampfstätten des 12. Februar 1934 sowie den Zentralfriedhof und heuer, 75 Jahre nach dem Aufstand der österreichischen Arbeiterinnen und Arbeiter, ging es durch Linz (wo's begann) und durch Steyr. Am Morgen des 12. Februar legen wir immer gemeinsam mit Genossinnen und Genossen der Landespartei Kränze im ehemaligen ‚Hotel Schiff‘, auf dem Bulgari-Platz und auf dem Bulgari-Grab nieder.

Ein weiterer Schwerpunkt sind selbstverständlich immer die Befreiungsfeiern in und um Mauthausen. Gemeinsam mit unseren Kameradinnen und Kameraden des deutschen Mauthausen-Komitees Ost fahren wir nach Ebensee, Gusen oder Hartheim. Nach den Befreiungsfeiern geht's mit ihnen immer nach Ried in der Riedmark weiter, wo wir der mehr als 400 ermordeten sowjetischen Opfer der sogenannten ‚Mühlviertler Hasenjagd‘ gedenken. Wir besuchen unsere deutschen Freundinnen und Freunde auch jedes Jahr am zweiten Jänner-Wochenende in Berlin und gedenken dort Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. 2007 waren wir

auf den Spuren der Partisaninnen und Partisanen in Slowenien und Kärnten.

Die Betreuung unserer insgesamt 25 Opfer beziehungsweise ihrer Witwen ist, neben unserer politischen Aufgabe, das wichtigste Anliegen unseres Landesverbandes. Jedes Opfer wird zumindest zweimal im Jahr von uns besucht; wenn jemand Hilfe braucht, dann natürlich öfters. Einmal im Monat rufen wir jede/-n an, um zu eruieren, wie es ihr oder ihm geht und wie wir im Bedarfsfall helfen können. Insgesamt entfällt im Durchschnitt gut ein Tag pro Woche auf diese, natürlich ehrenamtliche, Betreuung.

Die Bedeutung der Hausbesuche besteht darin, durch persönliche Gespräche der Vereinsamung der Opfer entgegenzuwirken. Da alle Betreuten schon sehr betagt sind, kümmern wir uns vor allem um ihre gesundheitliche Lage. Dabei konnten wir schon oft Hilfestellung für eine Zuerkennung beziehungsweise Erhöhung des Pflegegeldes geben.

Ein besonderes Anliegen sind uns Beratung und Hilfestellung für die Zuerkennung beziehungs-

Salzburg

Unsere Tätigkeiten sind alljährlich die gleichen. Jährlich wird eine Mitgliederversammlung abgehalten, in der den Mitgliedern Änderungen in der Opferfürsorge nahegebracht werden. Dabei wird bei Eingaben geholfen und, wenn nötig, die Mitglieder bei Behörden unterstützt. Die in den Heimen und im Spital befindlichen Mitglieder werden besucht und zu Weihnachten wird ihnen ein Geschenk überbracht.

Am 1. November wird beim Mahnmal auf dem Kommunalfriedhof unserer Opfer gedacht und ein Kranz niedergelegt. Die Rede hält jeweils ein anderer Politiker der SPÖ, und die Eisenbahnerkapelle gibt der Feier einen würdigen Rahmen. Der

weise die Erhöhung von Opferrenten aufgrund haftbedingter Gesundheitsschäden, ebenso die Beratung für Zuschüsse zu Heilbehelfen (Brillen, Hörgeräte, Zahnersatz, orthopädische Versorgung usw.). Weiters leisten wir Beratung für die Zuerkennung von Zuschüssen bei Spitalsaufenthalt.

Wir richten unser Augenmerk auch auf die Wohnsituation. Ist zum Beispiel im Haus kein Lift vorhanden, versuchen wir einen Wohnungsaustausch in die Wege zu leiten.

Von unseren 25 betreuten GenossInnen beziehen 18 eine Ausgleichszulage. Für sie wird jedes kaputtgegangene Haushaltsgerät, jede neue Brille oder gar ein Zahnersatz zum großen finanziellen Problem. Wenn sie etwas benötigen, bereiten wir einen Antrag für die Beiratsitzungen der oberösterreichischen Opferinteressenvertretung vor.

Wir werden uns sehr bemühen, das Fundament, das uns unsere Genossinnen und Genossen, die nicht mehr unter uns sind, gelegt haben, auch im nächsten Jahrzehnt nicht brüchig werden zu lassen! ■

Aus der Arbeit unserer Landesverbände

Steiermark

Nach langen Jahren der Trennung konnte unter der tatkräftigen Unterstützung von Vertreterinnen und Vertretern der SPÖ Steiermark die historische Vereinigung der beiden steirischen Freiheitskämpfer-Organisationen bei einer Landeskongress am 8. Februar 2008 vollzogen werden. Dem Landesvorstand gehören folgende Personen an: Ehrenvorsitzender Fritz Inkret, Vorsitzender Mag. Albert Kaufmann, Geschäftsführender Vorsitzender Michael Grossmann, 1. Stellvertreter Heribert Haring, 2. Stellvertreter Thomas Heim, Kassier Gerhard Macher, Stellvertreter Johann Straßegger, Schriftführerin Ulrike Repolust, Stellvertreterin Eveline Decker, Beiräte DDr. Werner Anzenberger, Dr. Michael Russ, Dr. Johann Scheuch, Hannes Schwarz, Pressereferent Berndt Heidorn, Kontrolle Karl-Heinz Herper und Walter Pöschl.

Die Erhöhung der Schlagkraft der steirischen Organisation sieht man auch in der Vielfalt der Aktivitäten. Neben den alljährlichen 12.-Februar-1934-Veranstaltungen in Leoben und bei der SPÖ-Zentrale in Graz-Eggenberg gemeinsam mit der SPÖ Graz und der Sozialistischen Jugend findet am

Tirol

Auch 60 Jahre nach der Gründung bekämpfen die Tiroler FreiheitskämpferInnen konsequent und energisch jede Art von Nationalsozialismus und Faschismus, Rechtsextremismus und Rassismus und insbesondere den Antisemitismus.

1. November die Totengedenkfeier der Stadt Graz und der Opferverbände auf dem Grazer Zentralfriedhof statt. Nationalratsabgeordneter a. D. Viktor Wuganigg wurde mit der Otto-Bauer-Plakette in Weiz geehrt. Rudolf Gelbard, Zeitzeuge und Mitglied des Bundesvorstandes der Freiheitskämpfer, war gemeinsam mit dem Buchautor Walter Kohl Ehrengast einer Veranstaltung von CLIO und den Freiheitskämpfern im Grazer Stadtmuseum. Finanziell unterstützt werden Jugendorganisationen bei Exkursionen nach Mauthausen.

Als besonderer Höhepunkt gilt aber jedes Jahr die Einladung zu den Veranstaltungen im Bendlerblock und am Plötzensee in Berlin im Zusammenhang mit dem Stauffenberg-Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Aufgrund der persönlichen Freundschaft von Mag. Albert Kaufmann mit der leider verstorbenen Präsidentin Anemarie Renger konnte dieser Kontakt hergestellt werden.

Mag. Albert Kaufmann wurde aufgrund seiner antifaschistischen und pädagogischen Tätigkeit im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildung 2008 vom Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer mit dem Professorentitel ausgezeichnet. ■

Zunehmend kümmern wir uns auch um sozialdemokratische Werthaltung in der Tiroler Gesellschaft.

Kultur des Gedenkens. Unsere Kultur des Gedenkens würdigt historische Ereignisse und Menschen, die für sozial-

demokratische Werte und Entwicklungen in der Partei und Gesellschaft auch heute noch von Bedeutung sind. Die Erinnerungskultur ist Kraftquelle, Orientierungshilfe und Motivation für Menschen, für die Gesellschaft und für unsere Partei.

Die wichtigsten Module der Erinnerungskultur sind:

Der 12. Februar erinnert an die brutale Beseitigung der Demokratie und der Partei durch die Austrofaschisten.

Der 12. März erinnert an die Gräueltaten der Nationalsozialisten und steht für den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und unterstützt den Antifaschismus.

Der 30. April als Vorabend zum 1. Mai steht für Solidarität mit den Entrechteten, Verfolgten und Ausgebeuteten.

Der zweite Sonntag im Mai ist der Teilnahme an der Befreiungsfeier in Mauthausen und dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gewidmet. ■



Landesvorsitzender Helmut Muigg im Gespräch mit Bundesminister a. D. Ferdinand Lacina bei einer Jahresabschlussveranstaltung des Tiroler Landesverbandes

Der 9. November erinnert an die „Reichskristallnacht 1938“ und insbesondere an die grausamen Vorkommnisse in Innsbruck.

Regelmäßige Aktivitäten:

Zeitzeugengespräche an Tiroler Schulen. Wir laden jährlich Zeitzeugen zu Veranstaltungen in Tiroler Schulen ein.

Politischer Film. In Zusammenarbeit mit dem Leo-Kino in Innsbruck streben wir mit dem Medium Film eine Auseinandersetzung mit politischen Themen an und erreichen damit ganz besonders junge Menschen.

Werte-Initiative Soziale Demokratie. Es werden Werte, Ideen, Verhaltensweisen und Ziele, aber auch Visionen und Träume in offenen Runden mit kompetenten Persönlichkeiten diskutiert.

Alle diese Veranstaltungen finden regelmäßig und jährlich statt und positionieren die FreiheitskämpferInnen als unverzichtbare und wertvolle Vorfelddorganisation der SPÖ. ■

Niederösterreich

Der ehemalige Abgeordnete zum niederösterreichischen Landtag und Bezirksvorsitzende der SPÖ St. Pölten, Karl Gruber, übernahm nach dem Ableben des langjährigen Landesvorsitzenden Leo Lesjak den Vorsitz im Landesverband Niederösterreich.

Inzwischen wurde entschieden, dass mit Zustimmung des Bundesdenkmalamtes ein neues Altarbild gestaltet wird. Das ist ein großer Erfolg der niederösterreichischen Freiheitskämpfer.

Ein weiterer Erfolg war die Eröffnung eines Museums der



Der Landesvorsitzende Karl Gruber und unser Ehrenvorsitzender Alfred Ströer bei der Veranstaltung des Gedenkens an das Massaker der SS in Krems-Stein

Karl Gruber, der schon in den ersten Nachkriegsjahren eine große Rolle als SJ-Funktionär und als Jugendvertrauensmann in einem USIA-Betrieb gespielt hat, ist heute auch im Bund der Freiheitskämpfer im politischen Bereich besonders aktiv. So deckte er auf, dass in der St. Pöltner Prandtauerkirche ein Dollfuß-Altarbild existiert. Er protestierte beim St. Pöltner Bischof Klaus Küng und verlangte die Entfernung des Bildes. Das Bild sorgte daraufhin für heftige Diskussionen. Es ist zunächst gelungen, dass mit der Zusage des Bischofs das Bild verhängt

Geschichte der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Parteihaus in St. Pölten. Die Schwerpunkte des zeitgeschichtlichen Museums sind: die Ereignisse in den Jahren 1934 bis 1945, Rosa Jochmann im NS-Konzentrationslager Ravensbrück und die Zeit der Regierung Bruno Kreisky.

Jährlich finden Februarfeiern in St. Pölten, Korneuburg, Schwechat, Wiener Neustadt/Wöllersdorf und in Ternitz statt.

Kleinere Veranstaltungen gibt es in fast allen größeren Orten in Niederösterreich. In Deutsch Wagram hat zum Bei-

spiel Ernst Jaritz eine Ausstellung unter dem Titel „Der Rest ist Österreich“ präsentiert. Diese Ausstellung wurde auch in anderen Bezirken sowie u. a. in Wien-Brigittenau gezeigt.

Ein besonderes Gedenken findet jeweils Anfang April in Krems-Stein statt, wo 1945 einem Massaker der SS 386 bereits freigelassene Häftlinge

Wien

Der Wiener Landesverband war, was sowohl die Mitgliederzahl als auch die politischen Aktionen betrifft, immer eine wichtige Stütze des Bundes. Er arbeitete im engsten Kontakt mit den Parteiorganisationen, insbesondere mit dem Wiener Bildungsausschuss und mit den Jugendorganisationen.

Bei der Gründung im März 1949 wurde Karl Mark zum Obmann gewählt, später folgte ihm Robert Blau als Landesvorsitzender nach. Nach dessen Ableben übernahm Erna Musik den Vorsitz. Im Jahr 1994 wurde Kurt Schmidt Vorsitzender, der diese Funktion allerdings nur wenige Monate ausübte. 1995 wurde Ernst Nedwed als Vorsitzender gewählt, seine Stellvertreter waren damals Hannes Schwantner und Johann Kancz. Ende der 1990er Jahre folgte Herta Slabina an die Stelle des verstorbenen Johann Kancz. Schon seit dem Jahr 1948 ist es eine Tradition, dass die Wiener Freiheitskämpfer einen Gedenkmarsch auf dem Wiener Zentralfriedhof zu den Mahnmalen und Gräbern der Opfer des Faschismus abhalten. 2005 ist es über Initiative der Freiheitskämpfer gelungen, dass die Stadt Wien ein eindrucksvolles Denkmal in der Gruppe 40, wo die im Landesgericht hingerichteten Frauen und Männer des Widerstandes beerdigt wurden, errichtet.

Eine besondere Aufgabe besteht in der Vermittlung der Bezirksgeschichte im Widerstand gegen den Austro- und Nazifaschismus. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände werden Gedenkveranstaltungen in Erinnerung an den März 1938 und an die Pogromnacht vom November 1938 abgehalten.

Eine neue Aufgabe ist es, ältere Mitglieder unseres Bundes zu besuchen und sie politisch und humanitär zu betreuen. In Wien bestehen 20 Bezirksgruppen.

Jeweils am 12. Februar fanden bis zum Jahr 1990 Schwei-

zum Opfer gefallen sind.

Bei der gemeinsam mit den Opferverbänden und einem Vertreter der griechischen Botschaft abgehaltenen Feier hat Karl Gruber die Gedenkrede gehalten.

Der niederösterreichische Landesverband ist nach den Mitgliederzahlen der zweitstärkste im Bund. ■

Lokale Erinnerungsarbeit

Die „Anregung zur Errichtung und Erhaltung von Gedenktafeln und Denkmälern für Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“ sowie „die Aufarbeitung historischer Ereignisse des Widerstandes und der Verfolgung“ sind im Statut unserer Bundesorganisation formulierte Ziele bzw. Tätigkeiten. Was für den Bund gilt, gilt auch für die Länder und die Bezirksgruppen. Die Dimension gerade der Naziverfolgung und des Naziterrors ist so groß, dass sie kaum vorstellbar ist. Gelingt es jedoch, diese auf das Individuum herunterzubrechen, so werden auch Nachgeborene davon betroffen.

In Liesing, dem 23. Wiener Gemeindebezirk, ist seit Ende der 1990er Jahre ein umtriebigen Team unter dem Vorsitzenden Eduard Giffinger aktiv. Vier bezirkshistorische Broschüren wurden recherchiert, geschrieben und produziert: „Der 12. Februar 1934 in Liesing“, „Der 9. November 1938 in Liesing“, „Spanienkämpfer aus Liesing 1936–1939“ sowie „Liesing im Dunkeln – verfolgte und ermordete LiesingerInnen 1932–1945“. Zu letztgenannter Broschüre wurde eine umfangreiche Ausstellung gestaltet, die bereits zweimal im Bezirksmuseum und einmal in einem Einkaufszentrum gezeigt wurde und dort einer breiten Öffentlichkeit zugänglich war. Auf Initiative der Bezirksgruppe wurden Gedenktafeln für die Februarkämpfe, für die beiden Opfer des 15. Juli 1934 Hans Fröhlich und Richard Lehmann, den von den Nazis und ihren Helfern zerstörten jüdischen Tempel sowie in der Volksschule Atzgersdorf für eine in der Shoah ermordete Schülerin angebracht. Bei allen genannten Aktivitäten wurde das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes mit



seinen Beständen zu Rate gezogen und hat wertvolle Daten und Dokumente geliefert. Bei der Finanzierung hat die SPÖ Liesing unterstützt.

Zweck aller Aktivitäten ist, das Vergangene dem Vergessen zu entreißen und unserer Erinnerung zurückzugeben. Durch Berichte in den Bezirkszeitungen wird eine Öffentlichkeit erreicht, die weit über die begrenzte Gruppe der Freiheitskämpfer und der SPÖ-Mitgliedschaft hinausgeht. Die Tätigkeiten werden ergänzt durch Vorträge in der Volkshochschule und SPÖ-Sektionen, Filmvorführungen und die Durchführung von Arbeiterlieder-Abenden. Aber auch der antifaschistischen Denkmäler im Bezirk nimmt sich die Bezirksgruppe an. Einige diese Denkmäler befinden sich auf dem Gelände von Firmen (z. B. der Österreichischen Staatsdruckerei, der Fa. MAN sowie der ehemaligen Varta).

Hier gibt es auch gute Zusammenarbeit mit Betriebsräten. Sehr gute Erfahrungen wurden in der punktuellen Zusammenarbeit mit engagierten Christinnen und Christen aus den Bezirkspfarrern gemacht.

Durch die Einbindung der SJ in den Vorstand der Freiheitskämpfer-Bezirksgruppe ist deren Bestand und die Beteiligung an gemeinsamen Aktivitäten, mit dem Blick in die Zukunft, gesichert.

Gerald Netzl

Juli 1934–Juli 1949: „Wir sind wieder da“

Es war eine Kundgebung, die als ein Symbol für das Wiedererstehen der Sozialdemokratie gelten konnte: Am 17. Juli 1949 strömten viele Hunderte über Wienerwaldwege auf die Predigerstuhl-Wiese bei Kaltenleutgeben. Es galt, in Erinnerung zu rufen, dass sich dort fünfzehn Jahre zuvor ein blutiger faschistischer Überfall ereignet hatte, der viele, die nun wieder dorthinwanderten, geprägt hatte. Die Kämpfe des Februar 1934 lagen damals schon Monate zurück, die Sozialdemokratische Partei war aufgelöst,



Rosa Jochmann, der Hölle von Ravensbrück entronnen, setzte ungebrochen ihre 1934 gewaltsam zerstörte Rede 1949 fort

illegale Betätigung war verboten, die austrofaschistischen Spitzel und Häscher beobachteten argwöhnisch jede Regung, hinter der sie Widerstand vermuteten.

Am 15. Juli 1934 wagten sich dennoch die Genossinnen und Genossen aus Liesing und Umgebung, zu einer – völlig friedlichen – Versammlung zusammenzukommen. Die Predigerstuhl-Wiese, umgeben von dichtem Wald, schien der geeignete Treffpunkt dafür. Die junge Rosa Jochmann ergriff das Wort. „Unsere Versammlung ist ein glühender Beweis dafür, dass man Menschen wegen ihrer Gesinnung wohl verfolgen, dass man aber den Geist nicht töten kann. In uns lebt die Überzeugung, dass wir wiederkommen werden.“

Kaum waren diese Worte verklungen, als aus dem Wald die Ortswehren der Heimwehr hervorbrachen und sofort das Feuer eröffneten. Die Fahnen-träger Hans Fröhlich und Richard Lehmann brachen tödlich getroffen zusammen, andere wurden verletzt, die entsetzte Menge flüchtete in den schützenden Wald.

17. Juli 1949, ein Sonntag: Nach Liedern der Sozialistischen Jugend begrüßte Karl Mark die vielen Teilnehmer, die dem im März 1949 gefassten Beschluss des Bundes, eine große Kundgebung abzuhalten, gefolgt waren. Der Tag war bewusst gewählt: Die vor fünfzehn Jahren gewaltsam unterbrochene Versammlung sollte so fortgesetzt werden.

Rosa Jochmann nahm darauf Bezug: Sie wiederholte die ersten Worte ihrer Rede von 1934 und sagte da, wo sie damals unterbrochen wurde, nun „... jetzt müssten eigentlich Schüsse fallen“. Damit erinnerte sie an den Hass der Reaktionäre, für die, wenn Arbeiterblut floss, immer

die Arbeiter die Mörder waren, erinnerte an das Massaker 1927 vor dem Justizpalast und den „Prälaten ohne Gnade“ und an die auf die Gemeindebauten zielenden Kanonen und die Galgen der Austrofaschisten.

Sie, die dem Nazi-Konzentrationslager entronnen war, wusste freilich auch, dass das alles nur ein Anfang gewesen war. „Noch heute gehen wir zu den Gräbern der Opfer auf dem Zentralfriedhof. Auf jedem Grab steht ein Name, aber hinter dem stehen die Mütter, die Kinder, die Angehörigen, hinter jedem steht ein Mensch, ein Sozialist, der bereit war, für unsere Sache zu sterben. Es ist symbolisch, dass sich neben den Gräbern der Julioffer das Mahnmal der Opfer des Faschismus erhebt. Hier sind keine Namen zu lesen, denn eine Tafel, die diese Namen tragen wollte, müsste hoch in die Wolken und weit in das Land hinausragen. Wir verpflichten uns diesen Opfern gegenüber: Wir wollen eingreifen in die Geschichte und an der Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft in Frieden und Freiheit mitwirken ...“ Die Fahnen senkten sich, als der Chor das Lied „Die unsterblichen Opfer“ sang. Dann führte das Ensemble des von Franz Ibaschitz geleiteten „Sozialistischen Kunstkollektivs“ das aufwühlende „Requiem den gemordeten Brüdern“ von Ernst Toller auf (der Autor dieser Zeilen war ein Mitwirkender).

Als Vertreter des Parteivorstandes sprach zum Abschluss Franz Jonas. „Wir sind wieder gekommen, wir haben der Helden und der Opfer gedacht, und wir überreichen dem Bund die Fahne, die Fröhlich und Lehmann, als sie sterbend niedersanken, entglitten war. Die Sozialistischen Freiheitskämpfer mögen sie in Ehren halten.“

Manfred Scheuch



Das obige Foto wurde kurz vor dem Überfall der Heimwehr am 15. Juli 1934 aufgenommen (im weißen Kleid: Rosa Jochmann beginnt ihre Rede). Das Foto darunter zeigt die Gedenkkundgebung am 17. Juli 1949. Rosa Jochmann spricht.



Fotos: Freiheitskämpfer

Wie es begann, wo wir stehen und wohin wir gehen

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer hat in seiner Geschichte seit der Gründung nach dem Ende des NS-Regimes bedeutende politische und soziale Aufgaben innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie erfüllt. Über die „Zeit ohne Gnade“ hat Rosa Jochmann in erschütternder Weise berichtet. Von den Ereignissen 1934 bis zu den Vernichtungsaktionen gegen Juden und politische Häftlinge reichte die persönliche Erfahrung dieser großartigen Sozialistin, die auch das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück erleiden musste. Als Abgeordnete war sie im Nationalrat die Sprecherin der Opfer des Nationalsozialismus und des Austrofaschismus. Oft musste sie sich gegen die vielfältigen Kräfte von rechts wehren. Die SPÖ und die Sozialistischen Freiheitskämpfer standen immer hinter ihr, wenn es um den Kampf gegen Neofaschismus und Antisemitismus gegangen ist.

Mit ihr kämpfte seit den 1960er Jahren Josef Hindels, der sich in der gesamten Partei insbesondere auf den Parteitagen, in der Bildungsarbeit und in der Jugendarbeit große Verdienste um die antifaschistische Aufklärung erworben hat. Wichtig in der Aufklärungsarbeit waren stets die Zeitzeugen, wie Manfred Ackermann, Alfred Ströer, Fritz Inkret, Stefan Billes, Erna Musik, Leo Mistingier und Hugo Pepper, die stellvertretend für viele andere Opfer des Faschismus und Widerstandskämpfer stehen. Ihnen ist es gelungen, auch jüngere Menschen für den Bund der Freiheitskämpfer zu gewinnen. Diese Aufgabe ist permanent fortgeführt worden, sodass der Bund heute über mehrere Generationen engagierter Antifaschisten verfügt.

Von Anfang an ging es um zwei Bereiche: zunächst um die Anerkennung der Opfer der beiden faschistischen Regime und dies nicht nur durch die Opferfürsorge, sondern auch durch die Anerkennung als moralische Kraft der wiedererstandenen demokratischen Republik. Dann war es vor allem die Aufgabe der Freiheitskämpfer, auf die Gefahren von rechts aufmerksam zu machen. Gleichviel ob Neonazismus, Antisemitismus oder Rassismus im Spiel waren, immer erhoben die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer ihre Stimme in der Öffentlichkeit. Das war in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg und auch später im Zeitalter des Kalten Krieges nicht so einfach. Viele wollten

einfach nicht wahrhaben, was in den Jahren des Faschismus und des Vernichtungskrieges geschehen ist.

Seit Anfang der 1990er Jahre hat sich die Einschätzung Österreichs für die Zeit während der NS-Ära grundsätzlich geändert. Bundeskanzler Franz Vranitzky hat mit seiner relativierten Opfer- und Täterrolle Österreichs und seiner Bürger in der Zeit von 1938 bis 1945 einen Beitrag zu einer ehrlichen Geschichtsaufarbeitung geleistet. Damit hat sich auch das bestätigt, was die Sozialistischen Freiheitskämpfer von Anfang an gesagt haben: Die Opfer des Nationalsozialismus müssen in einer großen Geste der Republik zur Versöhnung eingeladen werden.

So ist auch der Nationalfonds entstanden, der vielen Opfern eine späte Anerkennung der Republik vermittelt hat. Eine zweite Aufgabe war es, die in der Zeit des Nazifaschismus ausgebeuteten Zwangsarbeiter zu entschädigen. Dabei haben die Vertreter der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer erreicht, dass auch österreichische Häftlinge, die als Zwangsarbeiter eingesetzt waren, eine Entschädigung erhalten. In der zuständigen Kommission der Bundesregierung hat Alfred Ströer die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer vertreten. Ihm ist es zu verdanken, dass aus den verbleibenden Restbeträgen ein erheblicher Beitrag für das Dokumentationsarchiv des

österreichischen Widerstandes zur Verfügung gestellt werden konnte. Damit soll die personenbezogene Erfassung aller Männer und Frauen des österreichischen Widerstandes aufgearbeitet werden.

In den Jahren 2005 und 2008 ist es gelungen, sämtlichen Inhabern von Amtsbescheinigungen sowie von Opferausweisen eine außerordentliche finanzielle Zuwendung zu erkämpfen. Ein weiterer Erfolg unseres Bundes im 60. Jahr nach der Befreiung war die Errichtung eines Mahnmales der Stadt Wien auf dem Areal der Gruppe 40 des Zentralfriedhofs, wo die im Landesgericht und auf der Schießstätte Kagran Hingerichteten der NS-Blutgerichte beerdigt sind.

Im sogenannten Anerkennungsgesetz wurde der österreichische Widerstand gegen das NS-Regime ausdrücklich als wichtiger Beitrag zur Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus gewürdigt. Außer den bereits im Opferfürsorgegesetz seit den Anfängen der Zweiten Republik berücksichtigten Opfergruppen (aus Gründen der Abstammung oder des politischen Widerstandes) wurden die bislang unberücksichtigt gebliebenen Opfergruppen der Deserteure und die wegen der sexuellen Orientierung Verfolgten mit in das Gesetz aufgenommen.

Bei der jedes Jahr anlässlich des Mauthausen-Befreiungstages stattfindenden Gedenkveranstaltung im Reichsratsaal des Parlaments konnte über Initiative der Ersten Präsidentin des Nationalrats, Barbara Prammer, am 4. Mai 2007 der österreichische Widerstand präsentiert werden. Unter den drei Vorsitzenden der Opferverbände war auch Alfred Ströer als Gestapohäftling und Angehöriger der berüchtigten Wehrmachtsein-

heit 999 als Zeitzeuge dabei. Diese Veranstaltung war vor allem eine große Genugtuung für die Opferverbände, die sich damit in der Öffentlichkeit präsentieren konnten.

Vor 60 Jahren wurde auch eine Novelle zum Opferfürsorgegesetz beschlossen, mit der die drei Opferverbände die Interessenvertretung der Verfolgten der faschistischen Regime übernommen haben. In der Erfüllung dieser Aufgabe wurden seither viele Erfolge erzielt. Besonders in den letzten Jahren ist es gelungen, schrittweise Verbesserungen für die Opfer der Verfolgung zu erreichen. Die Mitglieder der Opferfürsorgekommission des Bundes und der Kommissionen in den Bundesländern haben eine hervorragende Arbeit geleistet.

Eine neue Aufgabe erwächst den Landesverbänden in der Betreuung der oft betagten und manchmal auch isoliert lebenden Mitglieder unseres Bundes, die in der NS-Zeit vieles erdulden mussten. Diese Arbeit wird bereits in einigen Landesverbänden praktiziert und ist im Sinne einer humanen Aufgabe zu verstärken.

Gegenwärtig stehen wir vor einer neuen Herausforderung, denn viele unserer Zeitzeugen, die lange Jahre in der Öffentlichkeit und besonders in den Schulen über die Zeit des Faschismus und des Krieges mit jungen Menschen diskutiert haben, sind heute nicht mehr unter uns. Gerade in den letzten Wochen waren wir erschüttert vom Ableben unserer Ehrenvorsitzenden Erna Musik, die eine Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück gewesen ist. Auch ein jüngerer Mitkämpfer unseres Bundesvorstandes, der langjährige Nationalratsabgeordnete Edgar Schranz, ist kürzlich verstorben.

So ist es nur gut und richtig, dass wir jüngere Menschen gefunden haben, die diese jahrzehntelang geleistete Arbeit fortsetzen können. Als aktive Zeitzeugen stehen unserem Bund weiterhin jene gesundheitlich in der Lage befindlichen Genossen, wie zum Beispiel unsere Ehrenvorsitzenden Alfred Ströer und Fritz Inkret, zur Verfügung. Dafür sind wir ihnen zu Dank verpflichtet.

Eine wichtige Aufgabe erfüllen heute jene, die noch als Kinder und Jugendliche den Nazifaschismus erlebt haben. Ihre Erinnerungen an diese Zeit sind heute eine neue Chance für Zeitzeugengespräche und für die Herausgabe von Publikationen. Ein Beispiel dafür sind das Buch und der Film über Rudi Gelbard, ebenso wie es bereits eine Reihe von weiteren Publikationen und Filmen gibt. Besonders wichtig sind vor allem für jüngere Menschen die Fahrten und Exkursionen an die Stätten des Widerstandes und in die ehemaligen Konzentrationslager des NS-Regimes. Diese Fahrten, verbunden mit Seminaren, wurden schon in der Vergangenheit praktiziert. Sie sind in der Zukunft wichtiger denn je.

Die antifaschistische Arbeit wird sich in Hinkunft verstärkt vor allem auf die Bildungsarbeit und auf die Mitwirkung von Erwachsenenbildnern und Historikern stützen. Deshalb hat unsere Zusammenarbeit mit der SPÖ-Bildungsorganisation, mit dem Renner-Institut und mit den Jugendorganisationen sowie mit den Sozialdemokratischen Frauen eine aktuelle Bedeutung. Auch die von der Bundesgeschäftsführung neu begonnene Vernetzung der sozialdemokratischen Organisationen wird für unsere Arbeit in Hinkunft sehr wichtig sein.

Eines war und bleibt auch heute unsere Hauptaufgabe: die Bekämpfung aller Formen des Neonazismus und des Rechtsextremismus, des Rassismus und Antisemitismus. Daher wenden wir uns gegen alle Versuche, das NS-Verbotsgesetz zu entschärfen oder sogar abzuschaffen, wie dies von einigen rechtsextremen Gruppen in Österreich bis zu Vertretern der Parlamentsparteien BZÖ und FPÖ immer wieder gefordert wird. Leider gibt es auch „liberal Gesinnte“, die glauben, dass man in einer demokratischen Gesellschaft der Geschichtsfälschung und der Leugnung von NS-Verbrechen eine Stimme in der Öffentlichkeit geben kann.

Wir werden uns in der nächsten Zeit mit dem Phänomen von neonazistischen Gruppen zu befassen haben, denen es anscheinend gelungen ist, wieder ein Netzwerk aufzubauen. In dieser Frage müssen wir vom Amt für Verfassungsschutz des Innenministeriums verlangen, dass nicht nur beobachtet, sondern, falls notwendig, sofort eingegriffen wird. Das NS-Verbotsgesetz gibt den Gerichten die Grundlage für Verbote und Verurteilungen.

Unsere Landesverbände haben neue und vielfältige Aktivitäten übernommen. Es ist gut, voneinander zu lernen und Ideen für den gesamten Bund einzubringen. Unsere Bundeskonferenz 2007 hat vieles, was in diesem Beitrag enthalten ist, bereits in einer Resolution beschlossen, damit ist es für uns eine Arbeitsgrundlage.

Sechzig Jahre nach der Gründung des Bundes ist er nicht, wie manche meinten, überholt, sondern er zeigt kräftige Signale. Die Arbeit geht weiter, so wie es Rosa Jochmann einst formuliert hat: „Es ist ein Kampf, der nie zu Ende geht.“

Ernst Nedwed

Der Bundesvorstand

Gewählt auf der Bundeskonferenz 2007

Vorsitzender: Abg. z. NR a. D. Ing. Ernst Nedwed

Vorsitzender-Stv.: LAbg. a. D. Karl Gruber, Mag. Albert Kaufmann, Prof. Johannes Schwantner, LAbg. a. D. Gertrude Spiess

Finanzreferentin: LAbg. a. D. Herta Slabina

Finanzreferentin-Stv.: LAbg. a. D. Hans Brosch, Bezirksvorsteher a. D. Kurt Heinrich

Schriftführer: Peter Weidner

Schriftführer-Stv.: Peter Lhotzky, Hilde Oberbichler

Rechnungsprüfer: Dir. Walter Faderny, Ernst Frühauf, Eduard Goldmann, Prof. Vinzenz Jobst, Helga Maier

Beisitzer: Julius Aufrichtig, Bgm. a. D. Werner Burg, Dr. Franz Danimann, Prof. Herbert Exenberger, Prof. Rudolf Gelbard, Vbgm. Heribert Haring, Thomas Hausleitner, Abg. z. NR Anton Heinzl, DI Alfred Kohlbacher, Andreas Kollross, Heinz Kommenda, Ulrich Peter Lehner, Harald Ludwig, Vbgm. Dr. Michael Ludwig, Gerhard Macher, Helmut Muigg, Dr. Gerald Netzl, LT-Präs. a. D. Ernst Outolny, LT-Präs. a. D. Hans Pawlik, Dr. Brigitte Pellar, Josef Pürschl, Prof. Rudolf Sarközi, Stefan Schmid, Mag. Peter Schwarz, Mag. Günther Sidl, Prof. Dr. Johann Stippel, Willi Wagner, Hannelore Wallner, Gilbert Wasserberger

Ehrenvorsitzende: Stadtrat a. D. Fritz Inkret, Abg. z. NR a. D. Prof. Alfred Ströer

Redakteur: Dr. Manfred Scheuch

Vorsitzende der Landesverbände: Burgenland: Gertrude Spiess, Kärnten: Vinzenz Jobst, Niederösterreich: Karl Gruber, Oberösterreich: Peter Weidner, Salzburg: Eduard Goldmann, Steiermark: Albert Kaufmann, Tirol: Helmut Muigg, Wien: Ernst Nedwed

Abschied von Josef Hindels

Eine große Zahl von Menschen hatte sich am 19. Februar 1990 im Krematorium des Wiener Zentralfriedhofs eingefunden, um von Josef Hindels Abschied zu nehmen. An dem mit einem roten Tuch bedeckten Sarg hatten sozialistische Jugendliche mit Parteifahnen, Fahnen der Sozialistischen Jugend, der Roten Falken und der Gewerkschaftsjugend sowie mit einer Fahne Chiles Aufstellung genommen.

Mit dem „Lied der Arbeit“ wurde die Trauerfeier eingeleitet, an der zahlreiche Parteifunktionäre, unter ihnen die beiden Zentralsekretäre Cap und Marizzi sowie Klubobmann Fischer, Regierungsmitglieder, unter ihnen die Bundesminister Hilde Hawlicek, Löschnak, Geppert und Lacina, sowie Staatssekretärin Dohnal, Mitglieder der Wiener Landesregierung, unter ihnen die Stadträte Edlinger, Hatzl, Rieder und Christine Schirmer, sowie viele pensionierte Funktionäre teilnahmen.

Das linke Gewissen der Bewegung

Als erster Trauerredner erinnerte Abg. Ing. Ernst Nedwed an seine erste Begegnung mit Josef Hindels bei einer Sitzung der Sozialistischen Jugend 1946 im Sitzungssaal des Parteihauses. Es war die Zeit, als Peter Strasser, Paul Blau und Hubert Pfoch gemeinsam mit Hindels die SJ aufzubauen begannen. „Wir Jungen von damals waren von dieser Begegnung mit Hindels zutiefst beeindruckt, von seiner brillanten Rhetorik ebenso wie von seiner klaren Argumentation“, sagte Nedwed. In der sozialistischen Bildungsarbeit habe Josef Hindels Unvergeßliches geleistet. Hindels habe nicht nur bei großen Tagungen und in der Wiener Parteischule gesprochen, sondern er war auch jederzeit bereit, in die kleinste Parteisektion oder Jugendgruppe, auch in den Bundesländern, zu gehen. Damit habe Hindels im Sinne des Wortes von Otto Bauer über die Bedeutung der „revolutionären Kleinarbeit“ gehandelt. „Josef Hindels übernahm im besten Sinne des Wortes die austromarxistische Schule des schrittweisen Überzeugens mit klaren Argumenten“, betonte Nedwed. Besonders zu danken habe man Hindels für das von ihm verfaßte Schulungsmaterial und für die Vielzahl an Publikationen. Die Bibliographie der Werke von Hindels umfaßt mehr als 50 Seiten. Nedwed verwies darauf, daß Hindels immer wieder betont habe, Otto Bauer sei jung geblieben und habe uns immer noch viel zu sagen. Für Hindels sei es selbstverständlich gewesen, daß es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann. Stets habe Hindels alle Erscheinungsformen des Stalinismus bekämpft. Nie habe Hindels ein öffentliches Mandat innegehabt, nie habe er über eine Hausmacht verfügt: „Josef Hindels war und blieb das linke Gewissen der sozialistischen Bewegung“, sagte Ned-



wed. Abschließend würdigte Nedwed die Verdienste von Josef Hindels im Kampf gegen Neofaschismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und das Wiederaufleben der Nazigefahr. „Die Hoffnung, die du stets in die Jugend gesetzt hast, wird sich erfüllen.“

Trauersitzung des Bundesvorstandes

Der Bundesvorstand des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hielt am 19. Februar 1990 im Sitzungssaal des SPÖ-Hauses in der Wiener Löwelstraße eine Trauersitzung im Gedenken an Josef Hindels ab. Genosse Leo Mistinger hielt die Trauerrede.

Wir alle, die wir mit unserem Freund Josef Hindels in Verbindung waren, haben gesehen, wie er von Woche zu Woche schwächer wurde, sagte Gen. Mistinger. Dieses Herz, das so kräftig für den Sozialismus und den Freiheitskampf geschlagen hat, hat zu schlagen aufgehört. Wir werden diese gepflegte Sprache, dieses herrliche Deutsch nie mehr vernehmen: Josef Hindels war für uns ein Vorbild in jeder Beziehung, persönlich und politisch.

Josef Hindels war der Vorsitzende-Stellvertreter, der mit Rosa Jochmann Jahre hindurch unseren Bund geführt hat, er war sein Repräsentant nach außen hin und Redner bei allen öffentlichen Kundgebungen. Er war der Mann, der die sozialistischen Freiheitskämpfer vertreten hat, der für sie gesprochen hat, der Redner bei den Schweigemärschen war. Er war auch der Chefredakteur un-

seres Blattes. Er war der Verfasser aller Anträge und Resolutionen, die wir in den letzten 10 bis 15 Jahren als Freiheitskämpfer eingebracht haben. Wenn Josef Hindels auf einem Parteitag als Redner aufgerufen wurde, kamen die Menschen und hörten, was er als Freiheitskämpfer zu sagen hatte.

Josef Hindels war das gute Gewissen der SPÖ, sagte Gen. Mistinger. Ob wir imstande sein werden, diese Lücke zu füllen, wird das Problem der nächsten Monate und Jahre sein. Josef Hindels war ein grundsatztreuer Sozialist, ein unbeugsamer und mutiger Kämpfer gegen Faschismus, Krieg, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Freiheitskämpfer haben mit Josef Hindels ihren markantesten Mitstreiter für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Sozialismus verloren, schloß Genosse Mistinger.

Zur Melodie der „Unsterblichen Opfer“ erhoben sich die Mitglieder des Bundesvorstandes und reichten einander die Hände.

Die Vorsitzende-Stellvertreterin, Genossin Erna Musik, schloß die Trauersitzung mit dem Versprechen, im Sinne von Josef Hindels weiterzuarbeiten.

„Rosa Jochmann war Vorbild für Tausende“

„Rosa Jochmann war Vorbild für Tausende Sozialdemokraten. Sie ist ihren Ideen und Idealen auch in Todesgefahr treu geblieben. Ihr zentrales Anliegen, der Kampf gegen den Ungeist des Faschismus, wird in der Politik stets fortleben“, erklärte SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky am 28. Jänner 1994 unmittelbar nach Bekanntwerden des Ablebens der Ehrenvorsitzenden des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Das Bundesfrauenkomitee der SPÖ bezeichnete Rosa Jochmann als Symbol der menschlichen Solidarität und einer ungebrochenen Gesinnung. Stellvertretender SPÖ-Vorsitzender Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer sagte, Rosa Jochmann habe ein Leben gelebt, auf das nicht nur ihre Freunde stolz sein können, sondern das unserem ganzen Land zur Ehre gereicht.

Rosa Jochmann habe früh vor der Gefahr durch den aufkommenden Nationalismus gewarnt und ihr Engagement gegen Ständestaat und Nazi-Faschismus mit mehreren Festnahmen und einem fünfjährigen KZ-Aufenthalt bezahlt, sagte Vranitzky weiter. Trotz dieser furchtbaren Erlebnisse habe sie, bei allem Leid, das ihr zugefügt wurde und das sie miterleben mußte, die Kraft zur Versöhnung bewahrt. Nach der Niederlage des Faschismus habe Rosa Jochmann als hohe Funktionärin der SPÖ-Frauen, als Abgeordnete und als Vorsitzende des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus die Politik in Österreich mitgestaltet, betonte Vranitzky. Nicht nur in ihrer politischen Funktion, sondern auch als Vortragende an Schulen habe sie als Zeitzeugin und Mahnerin die heranwachsende Generation vor den Gefahren des Faschismus gewarnt.

„Die österreichische Sozialdemokratie hat durch den Tod von Rosa Jochmann einen unersetzlichen Verlust erlitten“, sagte Vranitzky abschließend.

Rosa Jochmanns Name ist untrennbar mit der Geschichte der SPÖ und dem Aufbau eines freien, antifaschistischen und demokratischen Österreich verbunden, erklärte SPÖ-Frauenvorsitzende Frauenministerin Johanna Dohnal zum Tod von Rosa Jochmann. Rosa Jochmanns politische Arbeit, ihr unerschütterliches Eintreten für die sozial Schwachen und ihr Bekenntnis zur Freiheit und zum Sozialismus, war ein mutiges und würdiges Beispiel in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Jochmann war, so Dohnal weiter, eine Symbolfigur für all jene, die einer Idee auch unter Todesgefahr treu blieben. Sie habe mit ihrem Leben den nachfolgenden Generationen gezeigt, daß man seinen inneren Werten treu bleiben kann. „Rosa Jochmann hat immer daran festgehalten, daß man die Verbrechen des Faschismus nicht vergißt. Gerade heute, wo derartige Tendenzen wieder verstärkt zu spüren sind, ist das wichtiger denn je. Frauen wie sie sind für uns richtungsweisend und werden in unseren Handlungen weiterleben“, schloß Johanna Dohnal.

„Hakenkreuzler, Fahnenchwinger, Baseballkeulenschläger und Verunglimpfer in der Maske des kleinbürgerlichen Duckmausers“, die überhaupt noch nicht klug seien.

Moralisch und politisch geboten

Als sich Rosa Jochmann gegen die Ausschaltung der Demokratie gewehrt und das Verbot der Sozialdemokratie bekämpft habe, habe sie formal unrecht getan. Moralisch und politisch sei ihr Kampf aber geboten gewesen, betonte der SPÖ-Vorsitzende. Vranitzky zitierte aus den Protokollen des Zukunftskongresses in Laxenburg im Jahre 1987: „Wenn wir politischen Führungsanspruch erheben, müssen wir uns gegen Unheilszenarien und Endzeitstimmungen wenden; und zwar nicht dadurch, daß wir Gefahren ableugnen, sondern in dem Sinn, daß wir für die Menschen da sind, um durch Rat und Tat klarzustellen, daß unser politisches Ziel eben darin besteht, unheilvolle Entwicklungen zu vermeiden.“

Eine historische Persönlichkeit

Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer meinte in seiner Trauerrede, der Name Jochmann sei zu einem Symbol geworden. Bei der Nennung des Namens entstünden viele Bilder und Assoziationen. Mit dem Tod Rosa Jochmanns habe die sozialdemokratische Bewegung auch eine historische Persönlichkeit verloren, sei Jochmann doch das letzte Mitglied des Parteivorstandes aus der Ersten Republik gewesen, erinnerte Fischer. „Wenn man nur einen Bruchteil von dem in sich aufgenommen hat, was Rosa Jochmann über das KZ erzählt hat, den Alptraum der wochenlangen Einzelhaft, die organisierte Unmenschlichkeit, dann ist man unendlich betroffen und fassungslos, in welcher Weise bestimmte Politiker die Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches loben oder das Wort Nazi buchstabieren“, sagte Fischer. Rosa Jochmann stehe in der ersten Reihe der großen Frauen, die Österreich in diesem Jahrhundert hervorgebracht habe.

Der Partei einen Weg geprägt

SPÖ-Vorsitzende Frauenministerin Johanna Dohnal bezeichnete Rosa Jochmann als „Denkmal für Toleranz, Mut, Liebe, Menschlichkeit und Unbeugsamkeit“. Jochmann habe gezeigt, daß man seiner innersten Überzeugung auch in schwerster Zeit treu bleiben könne. Sie habe für die Partei einen Weg geprägt, immer für die Menschen dazusein, die Hilfe brauchen. Dohnal erinnerte auch an den Widerstand Jochmanns gegen Waffenlieferungen in aller Welt.

Abschied von Rosa Jochmann

Hunderte Menschen nahmen am 9. Februar 1994 am Wiener Zentralfriedhof Abschied von Rosa Jochmann. Der mit einem roten Tuch verhüllte Sarg war umgeben von Jugendlichen mit Parteifahnen. Zu Beginn der Trauerfeier ertönten die „Internationale“ sowie Lieder der Arbeiterbewegung. Genosse Kurt Schmidt rezitierte das Lieblingsgedicht von Rosa Jochmann, Spitzenpolitiker der SPÖ würdigten in Ansprachen Leben und Wirken der Verstorbenen.

Rosa Jochmann habe sich in ihrem Leben vor nichts gefürchtet, nicht vor den Häschern, nicht vor der Versöhnung, erklärte SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky in seiner Trauerrede. Aber vor allem habe sie sich nicht vor den neuen Männern ge-

fürchtet, die sich gerne stark nennen. Auch junge Rechtsradikale, die meinten, sich einen Scherz erlauben zu können, wenn sie die alte Frau am Telefon höchstens beschimpften, konnten sich der Kraft dieser Persönlichkeit nicht entziehen. Sie seien nachdenklich geworden und abgezogen, als ihnen Jochmann eine persönliche Begegnung angeboten hatte, erinnerte Vranitzky.

„Sie, die gerne Lehrerin geworden wäre, ist ein Leben lang dieser Aufgabe treu geblieben“, sagte Vranitzky weiter. „Sie wollte ihren Mitmenschen ihre eigenen historischen Erfahrungen vermitteln, damit sie klüger würden für ein andermal.“ Viele würden das Klügerwerden für ein andermal heute brauchen, sagte der Kanzler weiter. Vor allem jene

60 Jahre Gedenkstätte Mauthausen

Veranstaltung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer

Vor sechzig Jahren fand die erste internationale Befreiungsfeier in dem zur Gedenkstätte ausgebauten Konzentrationslager Mauthausen statt. Der neu gegründete Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer rief im „Kämpfer“ zur Teilnahme an dieser Feier mit folgenden Worten auf: „Das KZ Mauthausen, diese Stätte des Grauens und unsäglicher Leiden, das zu einer würdigen Weihstätte ausgestattet worden ist, wird an diesem Tage seiner neuen Bestimmung übergeben: Erinnerung und Mahnung zu sein für uns und alle, die nach uns kommen.“ Seither nehmen

von Jahr zu Jahr die Mitglieder des Internationalen Mauthausen-Komitees, die Opferverbände und Vertreter von Jugendorganisationen an der eindrucksvollen Veranstaltung teil. Das in den 1990er Jahren gegründete Mauthausen-Komitee hält auch in den Nebenlagern eine Reihe von Gedenkfeiern ab.

Am 10. Mai 2009 hielt **Bundesminister Rudolf Hundstorfer** bei der Veranstaltung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer eine Gedenkrede, über die der Pressedienst berichtete:

„Allzu oft werden auch heute Rechtsextremismus, Fremden-

feindlichkeit und Nationalismus totgesagt und kleingeredet“, kritisierte Sozialminister Rudolf Hundstorfer anlässlich der Gedenkveranstaltung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und der SPÖ Oberösterreich im Zuge der Befreiungsfeierlichkeiten im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen. Selbst Holocaust-Leugner wie Gerd Honsik beriefen sich auf die Meinungsfreiheit, um ihre menschenverachtenden Thesen zu verbreiten, und auch die Schändung der Gedenkstätte sei nicht die ‚Tat einiger verwirrter Spinner‘, darüber könne und dürfe nicht geschwiegen wer-

den, mahnte Hundstorfer bei seiner Gedenkrede ein. Hundstorfer stellte klar, dass die Verantwortlichen ‚mit den Mitteln des Rechtsstaates zu verfolgen‘ seien. ‚Hier müssen wir Unrecht aufzeigen und vor allem bei Jugendlichen Aufklärungsarbeit leisten und die Mentalität der schweigenden Mehrheit durchbrechen‘, mahnte der Sozialminister am Sonntag ein. ****

Hundstorfer würdigte – stellvertretend für alle ermordeten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – besonders das Engagement des damals inhaftierten und hingerichteten Richard Bernaschek gegen Faschismus und Krieg. Er habe für sein Eintreten für die Prinzipien der Sozialdemokratie, also für das Eintreten für Demokratie und Recht, mit seinem Leben bezahlt. ‚Er hat erkannt, dass der Faschismus die Menschen in den Untergang führt und dass sich Sozialdemokratie und Faschismus mit aller Offenheit und Deutlichkeit als unerbittliche Feinde gegenüberstehen‘, betonte Hundstorfer.

Auch das ‚Vermächtnis einer großen Frau, nämlich Rosa Jochmann‘ zu würdigen, war Hundstorfer ein großes Anliegen. ‚Die große österreichische Sozialdemokratin, Politikerin und langjährige Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer hat einmal so eindrucksvoll gesagt: *Nie zusehen, wenn Unrecht geschieht*‘, so Hundstorfer.“ ■



Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** echomedia verlag ges.m.b.h., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0
Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt
Zulassungsnummer: GZ 02Z03355M